



Schwierigkeiten der Ernährungslage.

§§ Die Getreideumlage wird, wie der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Eder v. Braun am Dienstag in einer Besprechung mit Vertretern der Presse bemerkte, nach Schätzungen von Sachverständigen höchstens 1 1/2 Millionen Tonnen ergeben, so daß mindestens drei Millionen Tonnen vom Ausland für 500 Milliarden Papiermark bezogen werden müssen. Wenn sich nicht die wirtschaftliche Lage entscheidend ändert, würden wir hierzu nicht in der Lage sein und wie Oesterreich ins Ausland betteln gehen müssen. Die Landwirtschaft müsse daher die Mittel und Kredite erhalten, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können. Die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung müsse von den Schultern der Landwirtschaft, die dies bisher allein unter Aufbringung von etwa 100 Millionen Mark geleistet habe, auf die Schultern sämtlicher tragfähiger Stände abgemälzt werden.

Die Lage werde, wie Ökonomierat Kahser und Professor Dade auseinanderlegten, noch weiter durch den Rückgang unseres Viehstandes infolge der Futternot verschlimmert. Besonders schlimm sei es, daß Deutschland in der Schweinehaltung immer noch nicht auf den alten Stand zurückgekommen sei, sondern erst auf die Hälfte. Das Schweinefleisch habe aber vor dem Kriege den wesentlichen Teil der Fleischversorgung geliefert. In bezug auf das Rindvieh sei ein ungünstiges Verhältnis in den Altersklassen vorhanden, und die Schlachtungen hätten in neuerer Zeit in bedauerlicher Weise in die Bestände an Kälbern und Jungvieh eingegriffen. Vor allem sei auch die Milchlieferung der Kühe noch nicht auf die alte Höhe gekommen. Sie betrage für die Kuh jetzt durchschnittlich etwa 1500 Liter im Jahre, während sie vor dem Kriege 2200 Liter betragen habe. Die Fettversorgung, die schon durch den mangelhaften Stand der Schweinezucht und der Milchproduktion geschädigt sei, werde durch die Schwierigkeiten für die Einführung von Futtermitteln noch weiter gesteigert. Der einzige Lichtblick im Ausfall der diesjährigen Ernte werde durch die Kartoffel geliefert. Aber auch da sei infolge der Verschiebung der Ernte wegen der schlechten Witterung zuletzt noch die Lage sehr unbehaglich geworden.

Reise der Reparationskommission nach Berlin.

Paris, 24. Oktober. Die Reparationskommission hat heute nachmittag beschlossen, Sonntag abend nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark führen sollen.

Über die Sitzung der Reparationskommission meldet unser Pariser Sonderberichterstatter:

Die französische Regierung erklärte, sie sei der Ansicht, daß wegen des Marksturzes die deutschen Finanzen einer strengen Kontrolle unterworfen werden müßten, die in gewissem Maße die Freiheit der Regierung in Berlin einschränke. Die Reparationskommission erklärte sich bereit, diese Verträge einer Kontrolle anzustellen, bemerkte aber, daß die Alliierten Deutschland die Kontrolle nicht auferlegen könnten, ohne sich in Widerspruch zum Versailler Friedensvertrage und dem Londoner Ultimatum zu stellen; denn beide schließen eine Einmischung der Alliierten in die inneren Angelegenheiten Deutschlands aus. Warthou erklärte aber, daß die fortgesetzten Verschleungen Deutschlands alle neuen Garantemaßnahmen, die ergriffen werden könnten, rechtfertigen. Auch die englischen Einwände blieben nicht unbeachtet. Bradburh erklärte, daß er der Kontrolle zustimme, wenn Frankreich mit Deutschland über die Modalitäten, wie die Kontrolle eingeführt werden solle, verhandeln würde.

Daraus erklärt sich die Reise der Reparationskommission nach Berlin. Die franz. Delegierten nahmen den Vorschlag Bradburhs an, erklärten aber, daß sich Frankreich alle Rechte vorbehalten müsse. Sie hätten auch kein Recht, zu entscheiden, ob die Kontrollmaßnahmen auferlegt werden dürfen oder nicht. (Mit anderen Worten heißt das, daß Poincaré sich seine Entscheidung vorbehalten und eventuell über die englischen Einwände hinweggehen würde.) Die französischen Delegierten stimmten nur zu, mit den deutschen Ministern Verhandlungen zu pflegen, zumal es interessant erscheine, die Absichten der Reichsregierung kennen zu lernen. Man habe Anlaß, zu glauben, daß Dr. Wirth und dessen Mitarbeiter der Einrichtung einer gewissen Kontrolle über das Budget keinen Widerstand entgegensetzen würden, viellecht sogar in der Hoffnung, mindestens die augenblickliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu bewahren und auf die Alliierten die Verantwortung für eine eventuelle Verschleung Deutschlands abzuwälzen. Das von Bradburh vorgeschlagene Memorandum wurde heute die französische Abordnung formell abgelehnt, da dieses nur von der Finanzkonferenz in Brüssel und eventuell von den Regierungen genehmigt werden könnte. Die Dauer des Aufenthaltes der Reparationskommission in Berlin wird 10 bis 14 Tage betragen. Dem „Figaro“ zufolge wird eine vollständige Reorganisation des Garantiefondes stattfinden. Es sei wahrscheinlich, daß die Mehrheit dieses Komites fortan in Berlin Aufenthalt nehmen würde. Diese Umgestaltung des Garantiefondes werde nach den Plänen Maclaires durchgeführt sein.

§§ Bei dem Empfange der französischen Abordnung, die, wie gemeldet, mit dem deutschen Verbands für sozialen Aufbau am Dienstag einen Vertrag abgeschlossen hat, wies der Reichskanzler darauf hin, daß er heute wie von jeher auf dem Standpunkte stehe, daß Deutschland alles tun müsse, daß die nordfranzösischen Wunden geheilt würden. Er selbst sei von Antritt seiner Regierung an in diesem Sinne tätig gewesen. Er betonte jedoch, daß, wenn der Sturz der Mark seinen Fortgang nehme, so daß der Wert der Mark bis auf Null sinke, auch die Lösung der Wiederaufbaufrage durch Naturallieferungen unmöglich gemacht würde. Außerdem müsse in der Kohlenfrage eine Einigung erzielt werden, in der eine neue Schwierigkeit geschaffen worden sei durch die Forderung erhöhter monatlicher Kohlenlieferungen seitens der Reparationskommission.

Politische Krise und Währungsproblem.

* Daß die Krisis, die dem Kabinett Wirth droht, durch die Aussetzung der Reichstagsitzungen bis zum 7. November lediglich vertagt worden ist, wird der Koalitionsregierung jetzt vom „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratie, ausdrücklich bescheinigt. Die Vertagung des Reichstages bedeute nicht, so sagt das Blatt, daß die sozialdemokratische Fraktion darauf verzichtet habe, bald positive Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark zu fordern. Die Fraktion habe am Dienstag sofort nach Schluß der Sitzung Schritte für die Durchführung ihres am Montag aufgestellten Finanz- und Wirtschaftsprogramms beraten. Man sei einig darüber gewesen, daß sofort das Nötige getan werden müsse. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt sei beauftragt worden, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion auf der Weiterführung der am Sonntag begonnenen Besprechungen mit den Parteiführern bestehe.

Es handelt sich jetzt hauptsächlich um die Devisenordnung, über die Meinungsverschiedenheiten herrschen. In der Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag wurden, wie verlautet, die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers auf Abänderung der Devisenverordnung beraten, aber ohne daß man zu einer Entscheidung kam. Es heißt, die Meinungen seien ziemlich hart aneinander gestoßen. Die Verhandlungspause des Reichstages soll, wie versichert wird, von den Fraktionen dazu benutzt werden, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Die „Germania“, die die Situation als sehr ernst bezeichnet, erklärt, daß die Notstandsaktion der Regierung nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe.

Um zu einer Festigung der deutschen Währung zu kommen, hat, wie schon kurz berichtet, die deutsche Regierung ausländische Sachverständige nach Berlin eingeladen, die um Rat gefragt werden sollen. Genannt werden der Engländer Keynes, der Schwede Professor Cassel, die Holländer Lermeylen und Fisering, der Professor an der Columbia-Universität Jents.

Die neue Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 24. Oktober. Der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium beriet heute die neue Vorlage über Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen. Der Reichspostminister wies bei der Begründung der Gebührenerhöhung darauf hin, daß bei Annahme der vorgeschlagenen Sätze für 1922 noch ein Defizit von 88 Millionen Mark verbleibe. Die Gebühren für Postkarten, Briefe, dienliche Akten, Briefe von Behörden, Druckachen, Ansichtskarten, Geschäftspapiere, Warenproben, Missionen, Päckchen, sowie die Versicherungsgebühr werden verdoppelt. Postanweisungen kosten bis 100 Mark 10 Mark und steigen bei 5 bis 10000 Mark auf 40 Mark. Der Warenaufbau für den Paketverkehr wird dahin geändert, daß die Gebühren unter Beibehaltung der ersten Gewichtstufe bis 5 Kilo für das überschüssige Gewicht von Kilo zu Kilo verdoppelt werden. Daneben kosten Pakete in der Nahzone (bis 75 Kilometer) bis 5 Kilo 60 Mark, steigend bis 10 Kilo um 12 Mark für je 1 Kilo, von 11 bis 20 Kilo um je 24 Mark. Für die Fernzone (über 75 Kilometer) werden diese Sätze verdoppelt, ebenso die Auslandsgebühren. Telegraphengebühren sind folgendermaßen festgesetzt: Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen: 1. eine Grundgebühr von 20 Mark, und 2. eine Wortgebühr von 10 Mark für jedes Wort; bei Orts- und Pressetelegrammen 10 Mark Grundgebühr und 5 Mark Wortgebühr. Beim Postschekverkehr sollen die Gebühren für bare Eingahlungen mit Zahlkarte der Höhe der Postanweisungsgebühr angepaßt, d. h. auf die Hälfte dieser Gebühr festgesetzt werden. Für bargeldlos beglichene Postkarten wird dieselbe Gebühr, im Höchstfalle jedoch eine Gebühr von 60 Mark für eine Zahlkarte erhoben. Für jede von der Zahlstelle eines Postbedamtes bargeldlos und für jede in den Abrechnungsstellen der Reichsbank beglichene Auszahlung beträgt die Gebühr 1 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages; für jede Barauszahlung durch die Zahlstelle eines Postbedamtes sowie für die Überendung eines Schecks durch das Postbedamte an eine Postanstalt und für die Weiterbehandlung des Schecks bei dieser 5 vom Tausend des im Scheck angegebenen Betrages. Die Vorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsauschuß zu.

Aus den Reichstagsausschüssen.

— Über Feuerungsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte gab im Reichstagsauschuß für Kriegsbeschädigtenfragen ein Regierungsvertreter bekannt, daß von der Regierung im November eine Novelle zum Reichsbeschädigtengesetz eingebracht werden würde. Von verschiedenen Seiten wurde an der Arbeit der Hauptvereinsorgansämter Kritik geübt, weil diese unter zu langsam arbeiteten.

— Versicherungsbeiträge 840 000 M. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages genehmigte am Dienstag die Verordnung der Regierung, wonach die Versicherungsbeiträge für die Angestelltenversicherung erimalia auf 840 000 M. festgesetzt wird.

— Der Reichstagsauschuß, der sich mit den Ausführungsbestimmungen zum Verdrängungsschadengesetz befaßt, nahm folgende Entschlüsse an, die ihm von seinem Unteranschuß vorgeschlagen worden war: „Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die in § 14, Ziffer 1 des Verdrängungsschadengesetzes festgesetzte Summe von 100 000 Mark auf das Dreifache und ebenso die Vergütungen nach § 19 auf wenigstens 300 000 Mark zu erhöhen sind. Beim Auslands- und Kolonialschadengesetz ist entsprechend zu verfahren. Weiter müssen die im Verdrängungsschadengesetz festgesetzten Termine den obersten Verhältnissen angepaßt werden.“ Die Regierung erklärte sich damit einverstanden. Es wurde beschlossen, einen Unteranschuß mit der Abfassung eines Anleitungsgesetzes zu betrauen, das der Entscheidung der Regierung tragt. Dieses Anleitungsgesetz soll dann bei Wiederauftritt des Reichstages eingebracht werden. Auch hiermit war die Regierung einverstanden.

Das neue englische Kabinett.

* Paris 25. Oktober. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Das neue englische Kabinett ist gebildet. Ministerpräsident und erster Lord des Schatzes ist Bonar Law, Lordpräsident des Staatsrates und stellvertretender Leiter des Oberhauses Marquis von Salisbury, Staatssekretär für Äußeres und Leiter des Oberhauses Lord Curzon, Vorkanzler Viscount Cave, Schatzkanzler Baldwin, Minister des Innern Bridgeman, Kolonialminister der Herzog von Devonshire, Staatssekretär für Indien, Lord Peel, Staatssekretär für den Krieg Lord Derby, Erster Lord der Admiralität Oberst Amery, Leiter des Erziehungsamtes Wood, Präsident des Sanitätsamtes Philipp Lloyd George, Gesundheitsminister Boswell, Arbeits- und Fischereiminister Robert Sanders, Staatssekretär für Schottland Viscount Roray, Attorney General Douglas Hogg, Lordadvokat William Wilson. Die Unterstaatssekretariate sind noch unbesetzt.

Mac Kenna für Bonar Law.

London, 24. Oktober. Der frühere Schatzkanzler Mac Kenna richtete in einer vielbeachteten Rede in der City, in der er für Bonar Law eintrat, scharfe Angriffe gegen die Regierung Lloyd Georges. Mac Kenna sagte: Trotz der besagten Lage der Industrie seien die Ausgaben in rücksichtslosiger Weise fortgesetzt worden, was eine große Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität Englands bedeute. Mac Kenna erklärte: Wir brauchen eine Periode wirklichen Friedens, Sparlichkeit in der Verwaltung, die Erhaltung guter internationaler Beziehungen, was nur möglich ist, wenn die Unfrißlichkeit der britischen Diplomatie unanfechtbar ist, und die Wiederherstellung des Vertrauens im Handel begründet ist auf eine weise Leitung der Finanzen und unserer ganzen Politik. Mac Kenna fuhr fort, man habe hohe Erfolge gemacht mit einer Politik improvisierter Abenteuer ohne Rücksicht auf die Kosten und Folgen. Man habe vier Jahre Frieden gehabt, und trotzdem sei während dieser Zeit so wenig zum Wiederaufbau Europas und Englands getan worden. Mac Kenna lobt den Mut und die Überzeugung Bonar Laws. Die Politik der neuen Regierung sei die einzige Politik, welche irgendwelche Hoffnungen auf die Wiederherstellung des englischen Wirtschaftslebens bieten könne.

Ein österreichisch-ukrainischer Zwischenfall.

Wien, 25. Oktober. Wie eine Korrespondenz meldet, hat die Wiener Staatspolizei aus Preßburg die amtliche Mitteilung erhalten, daß der Führer der österreichischen Legation, Bruno Dohnigg, am Montag nachmittag in der Gesellschaft einer des Schmuggels verdächtigten Person an der tschechoslowakischen Grenze aufgegriffen worden sei; man habe bei ihm Propagandamaterial holländischer Herkunft gefunden und ihn in Preßburg verhaftet. Nach Mitteilungen soll Dohnigg von tschechoslowakischer Seite auf österreichischem Gebiet festgenommen und nach Preßburg geschleppt worden sein.

Berühmte Mitteilungen.

— Neubestellung preussischer Regierungsstellen. Wie der Amtliche Preussische Presedienst mitteilt, ist der bisherige Konrat in Arnberg, Dr. Haslind, zum Regierungspräsidenten in Münster, der bisherige Konrat in Krefeld Dr. Sacken, zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Krefeld wurde Regierungsrat Obenthal betraut.

— Der Landeshauptmann der Provinz Schleswig-Holstein, Graf Carl v. Platen-Hallermund, ist am Montag in Kiel gestorben.

— Der Staatsgerichtshof beurteilte den Kaufmann Gustav Böke aus Halle wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zu 9 Monaten Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens. Den Verleumdungen wird außerdem Publikationsverbot zugesprochen. Der Angeklagte bezeichnete in einer nationalsozialistischen Versammlung die Mitglieder der Regierung als Lumpen und Schieber, die bestraft werden müßten.

— In dem Prozeß vor dem Mannheimer Schwurgericht wegen des Bombenanschlages auf der Mannheimer Wörle befanden die Geschworenen die Frage auf unbedeutenden Wert von Waffen beim Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, wurden verurteilt. Das Urteil gegen den Nationalsozialisten Hansen lautete auf 9 Monate Gefängnis, gegen Schumann auf 6 Monate und gegen Förster auf 2 Monate Gefängnis. Gegen den Angeklagten Maurice soll in der nächsten Schwurgerichtsperiode erneut verhandelt werden.

— Anstärkungen Berliner Bankangestellter. Dienstag nachmittag hielten die Bankangestellten im Berliner Lustgarten eine Versammlung ab, nach deren Schluß etwa 2000 Mann vor das Gebäude der Darmstädter Bank zogen, wo sie löstten und pfliften. Als einer der Demonstranten mit einem Knüttel eine Scheibe zertrümmerte und von Beamten der Schutzpolizei zur Wache geführt werden sollte, wurden die Beamten so arg bedrängt, daß sie den Revolver zucken und gegen die Menge Front machen mußten. Ein anderer Bankangestellter mußte wegen aufreißender Neben ebenfalls festgenommen werden. Schließlich konnte die Menge zerstreut werden.

— Zu Abflauen des Streiks bei Krupp. Die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit an die rund 4000 streikenden Kruppischen Arbeiter hat Erfolg gehabt. Die Wiederaufnahme des Betriebes hängt davon ab, ob es gelingen wird, alle jene Gruppen zusammenzubringen, die für den ordnungsmäßigen Betriebsablauf nicht mehr zu entbehren sind. Insgesamt sind mehr als 90 Proz. der gesamten Belegschaft wieder bei der Arbeit.

— Schwere Eisenbahnunfälle. Auf Bahnhof Osterhuzer fuhr ein von Magdeburg kommender Güterzug einem anderen Güterzug, der im Begriff war, die Station zu verlassen, in die Flanke. Fünfzig Wagen wurden zertrümmert, ein Schaffner ist getötet, ein Lokomotivführer schwer verletzt worden. Beide Gleise der Strecke Bittenberg-Magdeburg sind gesperrt. — Der Veronesenauzug fuhr auf dem Weltbahnhof in Lüneburg in eine Arbeiterkolonne, die auf dem Wege zur Arbeitsstation den verbotenen Weg über die Schienen benutzte. Dichter Nebel verhängte über den heranbrausenden Zug, der in die Arbeiter hineinfuhr. Drei Arbeiter wurden getötet, drei schwer verletzt.

— Folgen schwerer Selbstmord. Der in Quettingen wohnende Reisende Kemmler hat sich auf juristische Art und Weise um Leben gebracht und dabei mehrere andere Personen mit sich in den Tod gerufen. Kemmler zündete auf einem Weideplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Granate an und ließ sie auf sie. Einer seiner Freunde, dessen Braut und dessen Mutter führten hinzu und wollten die alarmierende Rundschnur lösen. Es war aber zu spät. Die Granate explodierte und tötete alle vier Personen.

Die internationale Eisenbahn-Union... Die Konferenz nahm einen Statuten-Entwurf an...

Vermisste französische Unterseeboote... Das Unterseeboot „Molard Moriolet“...

Schlesien.

Der Generalsekretär des Oberschlesischen Schiedsgerichts.

Beuthen, 24. Oktober. In Gegenwart des deutschen und polnischen Schiedsrichters wurde heute vom Präsidenten des Schiedsgerichts...

Von der Universität.

Der Privatdozent des deutschen, bürgerlichen und Kirchenrechts, Gerichtsassessor a. D. Dr. jur. Walter Schönfeld...

Chrysanthemumschau.

Unter der Führung der Gärtnereizentrale Breslau haben die Gärtnervereinigungen auch in diesem Jahre wieder eine Chrysanthemumschau im Ausstellungsgelände...

Die Gefahren des Riesengebirgswinters. Die Unterschätzung der winterlichen Gebirgsverhältnisse hat am Sonnabend drei Personen aus Niederhörn in Böhmen...

Ursachen der Epidemie. Die Schwurgericht hat heute gegen einen der vier Banditen, die am 29. Dezember 1921 in Dorotheendorf...

Wasserstandsnachrichten. 23. 24. 25. N. I. 23. 24. 25. M. Ratibor. 3,18 2,74 2,48 1,54 Breslau OP. 5,22 5,28 5,84 2,06...

Breslau, 25. Oktober. Das Postbüro des Polizeipräsidiums wird am 27. Oktober aus dem Polizeidienstgebäude...

Handelsteil. Berliner Dollarkurs: 4550-4350-4450. Berlin, 25. Oktober. Börse. Anfangsbericht. (Via Tel.) Der gestrige Sturz der Mark in New York...

Handelsteil.

Berliner Dollarkurs: 4550-4350-4450.

Berlin, 25. Oktober. Börse. Anfangsbericht. (Via Tel.) Der gestrige Sturz der Mark in New York hat einer Berliner Dollarkursparität von 4700 entprochen...

Produktenbörsen.

Breslau, 25. Oktober. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: Fest. Preise für Hafer, Gerste nominell. Delfsaaten: Reinerlei Angebot.

Table with columns for 'Getreide' and 'Delfsaaten' with sub-columns for '25.' and '24.' containing various grain prices.

Nichtamtlicher Bericht. Bei den wieder gestiegenen Devisenkursen war die Stimmung an der Produktenbörse fest...

Die Einfuhr englischer Kohle im Hamburger Hafen in den ersten Oktoberhälfte. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober sind laut Handelsblatt „Industrie-Kurier“ im Hamburger Hafen auf 77 Schiffen...

Montreal, 24. Oktober. Die Bruttoeinnahme der Canadian Pacific Eisenbahn betrug in der dritten Oktober-Woche 5 466 000 Dollar.

Bern, 25. Oktober. Gestern wurden die Ratifikationsurkunden über die vorläufigen Vereinbarungen betreffend die Frankensprachenvereinbarungen...

W. Bern, 25. Oktober. Gestern wurden die Ratifikationsurkunden über die vorläufigen Vereinbarungen betreffend die Frankensprachenvereinbarungen...

Table with columns for 'Wasserstandsnachrichten' and 'Wetter' with various data points.

Bunte Chronik.

In dem kleinen Kästchen beim Haupteingang des Gemeindebauwerks von Doorn, in dem die Aufhänger der Heiratstafeln...

In einem Vortrag über „Jüdische Dichter der Gegenwart“, den Julius Wab kürzlich in Berlin hielt, bestritt der Redner, der „Verl. Vörsenzt.“ zufolge, zunächst die Bekämpfung des „Antisemitismus“...

Mit Bedauern wird man die aus Weimar kommende Nachricht vernehmen, daß dort der hochverdiente Goetheforscher Dr. Wilhelm Wode einen schweren Unfall erlitten hat...

Die Not der Ärzteschaft wird beunruhigt durch eine Meldung, die dem „Tag“ aus Ebneth zugeht. Darnach haben sämtliche Ärzte in Stadt und Kreis Ebneth-Hannover am 1. November ihre Telefonanschlüsse gekündigt...

Die eigentümliche Auffassung von seiner Berufspflicht hatte der Postkassierer Biber in München, der in einem dortigen Postamt mit dem Sortieren der aus dem Ausland kommenden Briefe betraut war...

Gewinn-Auszug.

20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie. 6. Klasse 12. Ziehungstag 25. Oktober 1923.

Table showing lottery results for the 20th Prussian-South German (246th Prussian) Class Lottery, including prize amounts and winning numbers.

Table showing lottery results for the 20th Prussian-South German (246th Prussian) Class Lottery, including prize amounts and winning numbers.

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

Table with columns for 'Temperatur' and 'Wetter' for various locations on 25. Okt. and 26. Okt.

Wetternachrichten. Ein Süden hohen Luftdruckes erstreckt sich vom Atlantischen Ozean bis nach Südrussland...

Schauspielhaus. Heute abend: „Ein Walzertraum.“ Verantwortlich für den vollständigen Text: i. B. Richard Joliff.